

Nerb, Gernot

Article

Weltwirtschaftsklima hellt sich auf

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Nerb, Gernot (2002) : Weltwirtschaftsklima hellt sich auf, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 55, Iss. 11, pp. 20-31

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/163786>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Im April setzte der Indikator für das Weltwirtschaftsklima seinen Aufwärtstrend, der zu Jahresbeginn einsetzte, fort. Vorangegangen war ein kontinuierliches Abrutschen ab Mitte 2000 bis zum Ende 2001. Mit einem Stand von 104,7 Punkten (1995=100) liegt das Weltwirtschaftsklima nun wieder über dem langjährigen Durchschnitt (93,9; 1989-2001). Allerdings ist das Niveau des vergangenen Booms, das im April 2000 mit 117,2 Punkten (1995=100) seinen Höhepunkt erreichte, noch in weiter Ferne.

Der Anstieg des Gesamtindex beruht immer noch hauptsächlich auf optimistischeren Erwartungen für die kommenden sechs Monate. Allerdings haben sich zum ersten Mal seit dem vierten Quartal 2000 auch die Bewertungen der aktuellen wirtschaftlichen Lage verbessert. Diese Datenkonstellation ist nun ähnlich jener von Mitte 1999, kurz bevor die Weltwirtschaft Fahrt aufnahm. Im Unterschied zur damaligen Situation scheint es dieses Mal jedoch keine Gefahr eines »IT und dot.com Überschwanges« zu geben. Das hatte 1999 zum Entstehen einer Aktienblase im Sektor der New Economy geführt, die dann im Jahr 2001 platzte.

Derzeit ist die Lage im Investitionsgüterbereich im Durchschnitt der 90 teilnehmenden Länder immer noch eingetrübt. Doch werden nach Ansicht der befragten Experten die Ausgaben für Investitionen im Laufe der nächsten sechs Monate zulegen. Auch der private Verbrauch werde in den kommenden Monaten anziehen, wenn auch vergleichsweise schwächer, da die Erholung hier von einem etwas höheren Niveau aus startet.

Dieses Konjunkturmuster scheint typisch für eine wirtschaftliche Erholung in ihrem frühen Stadium. Daher deuten die neuen Ergebnisse des ifo World Economic Survey (WES) auf einen sich selbsttragenden Aufschwung der Weltwirtschaft hin. Hoffnungsträger sind die Unternehmensinvestitionen, die das Wirtschaftswachstum ab der zweiten Jahreshälfte stimulieren dürften. Der damit verbundene Beschäftigungsaufbau wiederum wird den Konsum stärken. Das Risiko eines »double dip«, d.h. ein neuerlicher Rückschlag des Weltwirtschaftsklimas, wenn der Lageraufbau seinen Schwung verliert, erscheint im Licht der neuen Umfrageergebnisse als relativ gering.

ifo Konjunkturtest International (April 2002)

Die wichtigsten Ergebnisse

- Zum ersten Mal seit Ende 2000 verbesserte sich die Einschätzung der gegenwärtigen Lage der Weltwirtschaft und wird nun als annähernd »zufriedenstellend« bewertet.
- Die wirtschaftlichen Erwartungen für die kommenden sechs Monate zogen weiter an und erreichten ein neues Hoch; das deutet auf einen synchron verlaufenden Aufschwung der Weltwirtschaft hin.
- Die Inflation im Jahr 2002 wird auf niedrigerem Niveau als 2001 erwartet; allerdings wird diese Einschätzung etwas weniger stark vertreten als zu Beginn des Jahres.
- Kurz- und langfristige Zinsen sollen im Laufe der nächsten sechs Monate lediglich moderat steigen.
- Den US Dollar erwarten die befragten Experten im weltweiten Durchschnitt mehr oder weniger auf seinem aktuellen Kursniveau. Dennoch überwiegt immer noch die Meinung, der US Dollar sei überbewertet. Lediglich gegenüber dem Euro wird der Dollar binnen sechs Monaten etwas schwächer gesehen.
- Arbeitslosigkeit und Nachfragemangel bleiben mit Abstand die drängendsten Probleme der Weltwirtschaft.
- Etwa die Hälfte der befragten Experten halten weltweit akzeptierte Bilanzierungsstandards als sehr wichtig. In Nordamerika und Asien wird diese Ansicht stärker vertreten als in Europa.
- Eine überwältigende Mehrheit sieht die strengere Handhabung selbstverpflichtender Corporate Governance Kodizes als die effektivste Methode, um die Finanzberichte der Unterneh-

* In Zusammenarbeit mit Pia Patzelt und Wolfgang Nierhaus.

men zu verbessern und die Glaubwürdigkeit zu erhöhen.

Weltwirtschaft: Kräftiger Anstieg des Stimmungsindikators

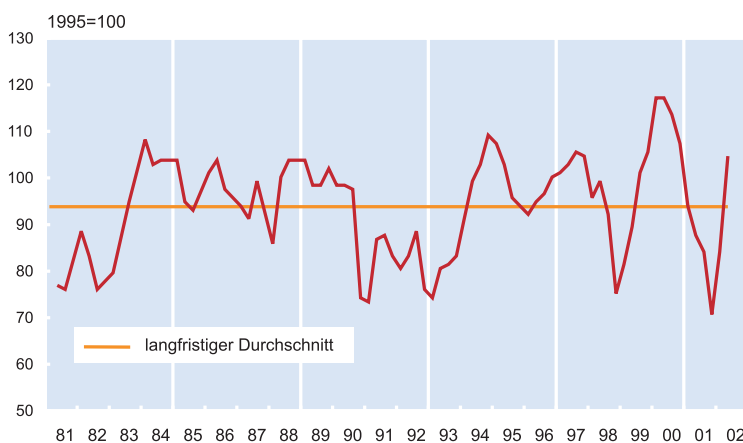
Nachdem der Gesamtindikator im Oktober 2001 ein Rekordtief erreicht hatte, kletterte er im Januar 2002 wieder nach oben und setzte seine Aufwärtsbewegung im April fort (vgl. Abb. 1).

Die Verbesserung beruht sowohl auf positiveren Einschätzungen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage als auch auf aufgehellten Erwartungen für die kommenden sechs Monate. Diese Ergebnisse sind Indizien dafür, dass sich ein solider Aufschwung abzeichnet. In den meisten Ländern wird erwartet, dass die Erholung im kommenden halben Jahr stärker von dem tief eingebrochenen Investitionsgütersektor ausgeht als vom Konsumbereich. Denn die Verbrauchernachfrage blieb in der zurückliegenden Rezession in den meisten Ländern ziemlich robust, mit einigen Ausnahmen wie zum Beispiel Deutschland.

Asien: Wirtschaftsklima liegt nach einem deutlichen Anstieg sogar leicht über dem Westeuropas

Nach der neuen Umfrage verbesserten sich sowohl die Beurteilungen der derzeitigen Lage als auch die Erwartungen der künftigen Entwicklung deutlich (vgl. Abb. 2).

Abb. 1
ifo Weltwirtschaftsklima

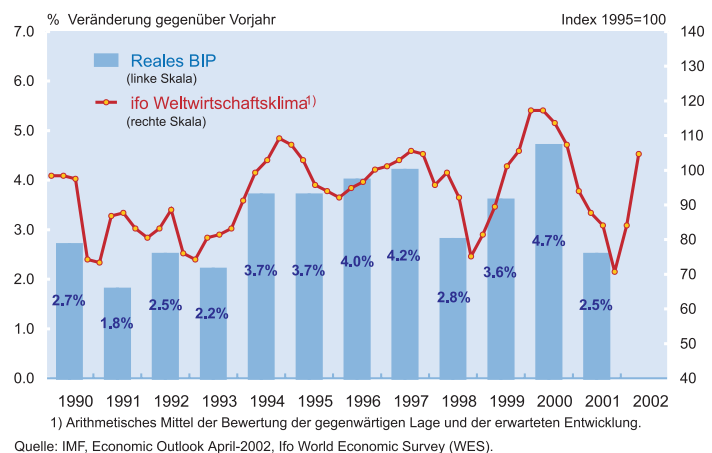


Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) QII/2002.

Kasten 1
ifo World Economic Survey (WES) und Wachstum der Weltwirtschaft

Der Ifo Indikator für das Weltwirtschaftsklima hat einen engen Zusammenhang mit dem Wachstum der Weltwirtschaft (vgl. Abbildung). Seit Juli 2000 ist der Indikator – parallel zur starken Abschwächung der Weltkonjunktur – fortlaufend gesunken; im Oktober 2001 erreichte er im Gefolge der Terror-Anschläge in den USA sogar den niedrigsten Stand seit seiner Einführung im Frühjahr 1981. Inzwischen ist der Ifo Indikator für die Weltwirtschaft zum zweiten Mal hintereinander wieder deutlich gestiegen. Der aktuelle Wert des Wirtschaftsklimas vom April 2002 liegt sogar wieder über dem langjährigen Durchschnitt. Die Verbesserung des Indikators resultiert nicht nur wie im Januar aus zursichtlicheren Erwartungen für die nächsten sechs Monate, sondern erstmals seit dem Ende des Jahres 2000 auch aus einer günstigeren Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Lage. Die ausgeprägte Schwächephase der Weltwirtschaft ist damit überwunden. Seit Jahresanfang 2002 dürfte die Weltproduktion wieder zulegen, gefördert von der Geldpolitik, die nahezu überall expansiv wirkt. Zudem kommen von der Finanzpolitik in den USA und einigen anderen Industrieländern deutliche Impulse. Die Entwicklung des Ifo Weltwirtschaftsklimas indiziert, dass nach dem geringsten Produktionszuwachs der letzten 10 Jahre (+ 2,5 %) im laufenden Jahr wieder mit einem etwas stärkeren Weltwirtschaftswachstum gerechnet werden kann.

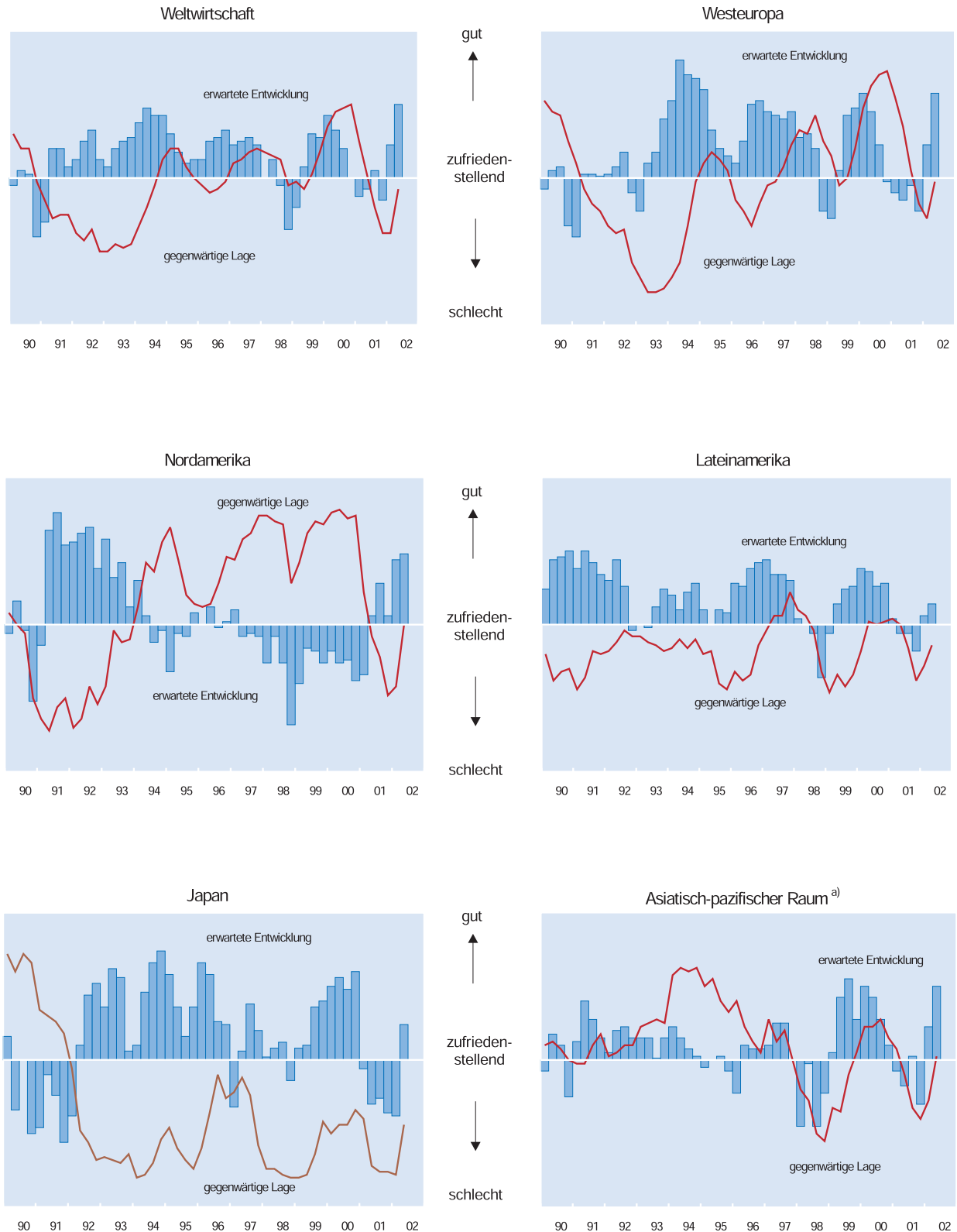
Weltkonjunktur und Ifo Weltwirtschaftsklima



Quelle: IMF, Economic Outlook April-2002, Ifo World Economic Survey (WES).

Der Gesamtindikator für Asiens Wirtschaftsklima liegt nun auf dem Niveau des Weltdurchschnitts. Vorangegangen war seit Mitte 2000 ein unterdurchschnittlicher Entwicklungsverlauf. Die optimistischsten Antworten im asiatischen Raum kamen aus *China*, und zwar sowohl was die aktuelle Lage als auch was die Erwartungen angeht. Auch in *Indien* sind klare Zeichen einer wirtschaftlichen Besserung erkennbar: Die gegenwärtige Lage wird jetzt als fast zufriedenstellend betrachtet, nachdem sie für eine ganze Weile im negativen Bereich lag, und die Erwartungen signalisieren, dass der Erholungsprozess in den kommenden Monaten anhalten wird. Eine noch stärkere Erholung charakterisiert das Bild in *Südkorea*, *Taiwan*, *Malaysia* und auf den *Philippinen*. Etwas weniger deutlich, aber doch klar erkennbar ist die ökonomische Erholung in *Singapur* und *Thailand*. *Japan*, *Hong Kong* und *Indonesien* hinken dem Aufwärtstrend in Asien hinterher. Den-

Abb. 2
Wirtschaftliche Lage



^{a)} Australien, Neuseeland, VR China, Hongkong, Indonesien, Korea, Malaysia, Philippinen, Singapur, Taiwan, Thailand, Vietnam.

Quelle: Ifo World Economic Survey Q2/2002.

noch deuten auch hier die Erwartungen auf eine Besserung in den kommenden Monaten hin.

Westeuropa: Wachsende Hoffnungen für eine gesunde Wirtschaftserholung gewinnen an Boden

Die Einschätzung der gegenwärtigen Lage hat sich in den meisten westeuropäischen Ländern eindeutig verbessert; Ausnahmen sind *Griechenland* und auch *Italien*. Die Erwartungen für die kommenden sechs Monate haben sich in fast allen europäischen Ländern weiterhin relativ kräftig aufgehellt.

Während in *Deutschland* die Erwartungen – wie in den meisten anderen Ländern – sehr positiv sind, fallen die Bewertungen der deutschen Experten zur aktuellen wirtschaftlichen Lage immer noch niedriger aus als in den meisten anderen EU Mitgliedsländern. Über dem europäischen Durchschnitt hingegen blieben die Beurteilungen der aktuellen Lage vor allem in *Norwegen* und in *Dänemark*. Der Ausblick für die

nächsten sechs Monate verbesserte sich europaweit nochmals für den Investitionsgütersektor, der während der vergangenen zwölf Monate stark gelitten hatte. Die private Konsumnachfrage, die in einigen Ländern wie in Deutschland immer noch sehr schwach ist, soll in der nahen Zukunft ebenfalls etwas anziehen.

Osteuropa und CIS: Wirtschaftsklima bleibt robust

Die Einschätzung der aktuellen Situation verbesserte sich leicht und erreichte wieder einen »zufriedenstellenden« Stand, nachdem dieses Niveau in der Januarumfrage etwas unterschritten wurde. Der Optimismus mit Blick auf die künftige Entwicklung nahm weiter zu, allerdings nicht so sehr wie in den meisten anderen Regionen. Positiver als im Durchschnitt bleibt die derzeitige Lage vor allem in *Lettland, Estland, Ungarn* und der *Tschechischen Republik*. Deutlich unter einem »zufriedenstellenden« Stand verharren dagegen die Meldungen aus *Jugoslawien, Bosnien-Herzegovina, Bulgarien, Polen* und *Kroatien*. Dennoch verbesserten sich nochmals die Erwartungen und deuten auch hier auf eine gewisse Erholung im Laufe der nächsten sechs Monate hin.

In *Russland* verbesserten sich sowohl die Beurteilung der derzeitigen Lage als auch der Ausblick für die kommenden sechs Monate leicht und signalisieren einen mehr oder weniger zufriedenstellenden Zustand der Wirtschaft. Eine ziemlich positive ökonomische Entwicklung kennzeichnet weiterhin *Kasachstan*. Positive Signale kommen auch aus der *Ukraine*, wo zum ersten Mal die gegenwärtige Situation als zufriedenstellend angesehen wurde. Die Erwartungen zeigen eine Fortsetzung der Erholung in den nächsten sechs Monaten an.

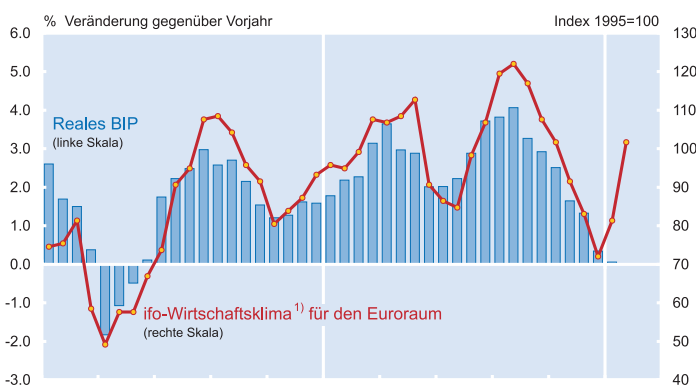
USA: Wirtschaftliche Erholung nimmt Gestalt an

Die Bewertung der aktuellen wirtschaftlichen Lage in den *Vereinigten Staaten* kletterte auf der Skala weiter nach oben und ist nicht mehr weit von einem »zufriedenstellenden« Stand entfernt. Die Erwartungen für die kommenden sechs Monate, die in der vorangegangenen Umfrage hochgeschneit waren, legten nochmals leicht zu. Diese Datenkonstellation stützt weiterhin unsere Sicht, dass die US-Wirtschaft als erste aus dem kon-

**Kasten 2
ifo World Economic Survey (WES) und
Wirtschaftswachstum im Euroraum**

Das ifo Wirtschaftsklima für die 12 Mitgliedsländer des Euroraums ist das arithmetische Mittel aus der Beurteilung zur allgemeinen Wirtschaftslage und den Erwartungen zur Wirtschaftslage in den nächsten sechs Monaten. Die April-Ergebnisse basieren auf den Meldungen von 270 Experten im Euroraum. Der Verlauf des ifo Wirtschaftsklimas korreliert eng mit dem Konjunkturverlauf im Euroraum – gemessen an den jährlichen Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts – (vgl. Abbildung). Es liegt nahe, diesen Zusammenhang auch prognostisch zu nutzen. Der Klimaindikator hat im April 2002 ein Niveau erreicht, das deutlich über dem Durchschnitt der Jahre 1989 bis 2001 liegt. Erstmals seit Ende 2000 hat sich auch die Beurteilung der gegenwärtigen Wirtschaftslage verbessert. Damit zeigt das Wirtschaftsklima für den Euroraum ein ähnliches Entwicklungsmuster wie das US-amerikanische vor einem Vierteljahr. Der Tiefpunkt der konjunkturellen Entwicklung im Euroraum kann – gemessen am Verlauf des saisonbereinigten realen Bruttoinlandsprodukts – auf das vierte Quartal 2001 datiert werden. Das ifo Wirtschaftsklima indiziert, dass nach geringem Zuwachs im ersten Quartal 2002 mit einer deutlichen Beschleunigung der konjunkturellen Expansion ab dem zweiten Vierteljahr gerechnet werden kann.

Wirtschaftswachstum und ifo Wirtschaftsklima für den Euroraum



1) Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.

Quelle: Eurostat, Ifo World Economic Survey (WES).

junkturrellen Tief herauskommen wird. Die Investitionen der Unternehmen dürften zunehmen und der private Verbrauch überaus kräftig bleiben. Die befragten US-Experten rechnen damit, dass die Importe in den kommenden Monaten stärker zulegen werden als die Exporte. Das führt konsequenterweise zu einer weiteren Verschlechterung der Handelsbilanz. Ein noch positiveres Bild des gegenwärtigen und künftigen Trends zeichnet sich in *Kanada* ab. Im Gegensatz zu den *USA* gehen die dortigen Experten davon aus, dass das kanadische Exportwachstum höher sein wird als das der Importe. Das wird sich positiv auf die Handelsbilanz auswirken.

Lateinamerika: Unbefriedigende aktuelle Lage, aber zunehmende Zeichen einer Besserung

Positive Auswirkungen der Erholung in den Vereinigten Staaten machen sich allmählich bemerkbar, vor allem in *Brasilien* und *Mexiko*. Relativ gut ist auch das Wirtschaftsklima in *Chile*. Die weitaus negativsten Bewertungen der aktuellen Situation kamen wiederum von *Argentinien*, das in einer Währungs- und Bankenkrise steckt, gefolgt von *Uruguay*, *Paraguay*, *Bolivien* und auch von *Venezuela*.

Ozeanien: Weitere Zeichen einer Erholung in Australien and Neuseeland

Die Einschätzung der gegenwärtigen Wirtschaftslage verbesserte sich vor allem in *Neuseeland*, aber auch in *Australien*, wo der Erholungsprozess bereits Ende vergangenen Jahres einsetzte. Die Aussichten für die kommenden sechs Monate deuten in beiden Ländern auf eine Fortsetzung des Aufwärtstrends hin. Handelsbarrieren für ihre Ausfuhren werden in beiden Ländern weiterhin als ein ernsthaftes Problem betrachtet.

Afrika: Nur schwache Zeichen einer ökonomischen Stabilisierung

In den meisten afrikanischen Ländern waren die befragten Experten der Ansicht, dass sich die aktuelle Wirtschaftslage weiter verschlechtert habe. Allerdings verbesserten sich die Erwartungen für die nächsten sechs Monate etwas. In *Südafrika* und *Ghana* ist dieser positive Trend deutlicher als in den anderen Ländern des Kontinents. In vielen weiteren Ländern *Afrikas* bleibt die ökonomische Situation weit unter einem zufriedenstellenden Niveau und in den kommenden Monaten wird kaum eine Besserung erwartet. Noch immer wird die weitaus schlimmste Wirtschaftslage aus *Zimbabwe* gemeldet, wo auch der Ausblick äußerst düster blieb.

Naher Osten: Entwicklung der Länder geht weiter auseinander

Während die *Vereinigten Arabischen Emirate*, *Saudi-Arabien* und *Bahrain* ihre ökonomische Situation weiterhin als gut bewerten und eine weitere Besserung in den kommenden Monaten erwarten, leiden andere Länder wie *Israel*, die *Türkei* und der *Iran* unter ihren Rezessionen. Jedoch hat sich nahezu überall der Ausblick für die nächsten sechs Monate etwas verbessert.

Zinsanstieg im Laufe der nächsten sechs Monate erwartet

Zum ersten Mal seit Ende 2000 rechnet die Mehrheit der teilnehmenden WES-Experten mit einem Anstieg sowohl der kurzfristigen als auch der langfristigen Zinssätze während der nächsten sechs Monate (vgl. Abb. 3). Diese Ansicht wird vor allem in Nordamerika und Ozeanien (*Australien* und *Neuseeland*) vertreten. Auch in Westeuropa zeigt der Zinstrend nun nach oben – in Großbritannien, Schweden und Dänemark etwas stärker als im Euro-Raum. In Asien dagegen ist die vorherrschende Meinung, dass die Zinsen in den kommenden Monaten stabil bleiben, ausgenommen in Südkorea, Hong Kong, Singapur und Vietnam. Dort sind höhere Zinsen wahrscheinlich. Auch in Lateinamerika wird mit stabilen Sätzen gerechnet und nur in wenigen Fällen mit steigenden Zinsen wie in *Costa Rica*, *Paraguay*, *Uruguay* und *Venezuela*. Dies gilt auch für den Nahen Osten, wo die Zinssätze in den kommenden Monaten auf mehr oder weniger unverändertem Niveau erwartet werden. Ausnahmen sind *Israel* und die *Vereinigten Arabischen Emirate*, wo ein Aufwärtstrend der Zinsen gesehen wird. Im Gegensatz dazu dürfte nach den Umfrageergebnissen in den meisten osteuropäischen Ländern und den CIS Staaten weiterhin der Trend sinkender Zinsen anhalten.

Weltwährungen bewegen sich auf ein stabileres Gleichgewicht zu

Im Durchschnitt aller 90 teilnehmenden Länder wird der US Dollar und das britische Pfund Sterling als überbewertet angesehen, der Euro als unterbewertet und der japanische Yen als angemessen nach seiner Abwertung Ende vergangenen Jahres (vgl. Abb. 4). Dieses Szenario hat sich seit der Januarumfrage nur geringfügig verändert. In Westeuropa, Nordamerika, Australien/Neuseeland und Asien ist dies ebenfalls das vorherrschende Bild. Die befragten Experten in Osteuropa, den CIS Staaten, im Nahen Osten und in Afrika dagegen sehen den Dollar und das Pfund Sterling gegenüber ihren lokalen Währungen in etwa fair bewertet. Die Meinung, der Euro sei unterbewertet, wird

Abb. 3
Kurzfristige Zinsen

– Aktuelle Zinssätze^{a)} und Erwartungen für die nächsten sechs Monate –



a) Quartalswerte. b) Seit Q1/2001 EURIBOR. Vorher FIBOR in Deutschland und PIBOR in Frankreich.

Quelle: Ifo World Economic Survey Q2/2002.

Kasten 3**Ein neuer Zyklus der Zinserhöhungen hat begonnen**

In der Aprilumfrage haben die Erwartungen deutlich in Richtung steigende Kurzfristzinsen gedreht. In Nordamerika zeigen die Einschätzungen zur Geldpolitik einen beachtlichen Umschwung von nahezu »neutral« auf eine sehr wahrscheinliche Anhebung des Leitzinses in den kommenden Monaten. Die Zentralbank Kanadas hat bereits ihren Zielsatz für Übernachtsausleihungen auf Grund starker wirtschaftlicher Erholungstendenzen in einem ersten Schritt um 25 Basispunkte auf 2,25% heraufgesetzt. Weitere Erhöhungen stehen wohl auf der Tagesordnung. Die amerikanische Notenbank Federal Reserve wird voraussichtlich folgen und den letzten der elf in 2001 vorgenommenen Zinssenkungsschritte zurücknehmen, sobald genügend ermutigende Konjunkturdaten vorliegen. Ozeanien zeigt ebenfalls signifikant diesen Stimmungsumschwung. Die australische und neuseeländische Zentralbank reihten sich inzwischen in den Kreis derjenigen Notenbanken ein, die ihre Geldpolitik straffen. In Westeuropa und im Euroraum in speziellen wird nun ebenfalls ein Aufwärtstrend erwartet, allerdings nicht ganz so ausgeprägt. In den Nicht-Euromitgliedsländern Schweden und Dänemark werden dagegen Leitzinserhöhungen bereits als ebenso wahrscheinlich angesehen wie in den Vereinigten Staaten. Die schwedische Reichsbank war die erste Notenbank eines Industrielandes, die ihren Schlüsselsatz anhob. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Bank von England die Zinsschraube nach oben dreht, liegt zwischen der Eurolands und Nordamerikas.

In Asien werden gleichbleibende Zinsniveaus erwartet außer in Südkorea. Die Bank von Korea setzte angesichts einer breiten wirtschaftlichen Erholung ihren Satz für Übernachtskredite um 25 Basispunkte auf 4,25% herauf. In Hong Kong, Malaysia und Singapur sind die Experten überwiegend der Meinung, dass deren Zentralbanken dem Zinsschritt folgen werden, in China gehen sie von unveränderten Sätzen aus. Zunehmende Handelsströme im asiatischen Raum dürften Japans Exporte beflügeln und somit die wirtschaftlichen Aussichten verbessern. Dennoch rechnen die Experten vor Ort mit einer Fortsetzung der Nullzinspolitik in den kommenden sechs Monaten.

In Lateinamerika weichen die Erwartungen länderspezifisch stark voneinander ab: In Mexiko gehen die Experten von gleichbleibenden Zinsen aus, obwohl die Wirtschaft auf den Pfad der Erholung einschwenkt. In Brasilien, der größten Volkswirtschaft des südamerikanischen Kontinents, in Bolivien und Kolumbien, sind weiterhin Zinssenkungen wahrscheinlich. Dasselbe gilt für Chile, allerdings etwas weniger ausgeprägt. Lateinamerikanische Länder, in denen Zinserhöhungen erwartet werden, sind: das krisengeschüttelte Argentinien, Costa Rica, El Salvador, Paraguay und Uruguay.

In Osteuropa dürfte der Abwärtstrend der Zinsen in den kommenden Monaten noch anhalten, vor allem in Polen. Dort muss eine schleppende ökonomische Entwicklung die Folgen der früheren Hochzinspolitik bewältigen. Bis dato ist der Schlüsselzins bereits auf 9,50% heruntergeschleust worden. Weitere Senkungen sind unumstritten. In Ungarn wird ebenfalls erwartet, dass der Leitzins von 8,50% auf niedrigere Niveaus zurückgenommen wird. Obwohl Russlands Wirtschaft durch hohe Ölexportvolumen stimuliert wird und die Inflation mit zweistelligen Raten wächst, werden auf Sicht von sechs Monaten stabile kurzfristige Zinsen erwartet.

Obwohl in sehr vielen Regionen der Welt Zinserhöhungen in der Pipeline sind, zeigen die Einschätzungen hinsichtlich der langfristigen Zinsen vorwiegend nur moderate Anstiege. Hintergrund: Die Inflationserwartungen bleiben gedämpft. Dieses Szenario ist vor allem in Kanada, Australien, Neuseeland, Euroland, Korea und in Singapur zu beobachten. Davon abweichend wird in den USA etwas stärker mit einem Aufwärtstrend der Langfristzinsen gerechnet. In Großbritannien zeigt sich ein ähnliches, etwas abgeschwächtes Bild, wie in den USA.

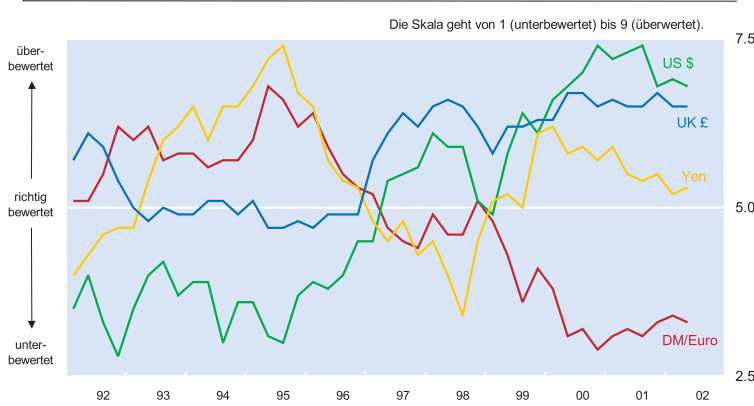
In Asien, das sich auf dem Weg wirtschaftlicher Besserung befindet, werden die kurz- und langfristigen Zinsen, ebenso wie die Inflation fast unverändert gesehen, ausgenommen in Korea und Singapur wie oben bereits erwähnt. Was Japan betrifft, sind die Erwartungen eines Anstiegs der Kapitalmarktzinsen im Vergleich zur vorangegangenen Umfrage etwas zurückgegangen, obwohl die Wirtschaft den Deflationszyklus in der nahen Zukunft durchbrechen könnte. Auch Osteuropa zeigt einen Abwärtstrend der Langfristzinsen, hier allerdings im Gleichschritt mit fortgesetzten Leitzinssenkungen und niedrigen Inflationserwartungen. Ausgehend von sehr hohen Niveaus wird auch in Russland mit einer sinkenden Inflationsrate und in der Folge geringeren Langfristsätzen gerechnet. Die Einschätzungen für Südamerika gehen weit auseinander. Erfreulicherweise wird kein Anstieg der Kapitalmarktzinsen in den für den Kontinent wichtigen Ökonomien Mexiko und Brasilien erwartet. Argentinien erreichte inzwischen so außerordentlich hohe Sätze, dass keine weiteren Steigerungen erwartet werden. Lateinamerikanische Länder, die einen Aufwärtstrend zeigen, sind vor allem Costa Rica, Guatemala und Paraguay. In Südafrika und Zimbabwe werden etwas höhere Anstiege als im übrigen Afrika prognostiziert.

hier in geringerem Maße geteilt. In Lateinamerika gilt der US Dollar gegenüber einzelnen Landeswährungen sogar als unterbewertet, wie zum Beispiel in Mexiko, Costa Rica, Uruguay, Kolumbien und Venezuela.

Unabhängig von den unterschiedlichen Einschätzungen der aktuellen Währungsrelationen wird der US Dollar im Laufe der kommenden sechs Monate auf unverändertem oder höherem Niveau gesehen. Dies trifft auf alle Regionen zu, ausgenommen Westeuropa, Kanada und Neuseeland. Die Mehrheit der westeuropäischen Experten rechnet damit, dass der Dollar gegenüber dem Euro in den kommenden Monaten schwächer wird. Das bedeutet umgekehrt, dass sie in Bezug auf den Euro »bullisch« eingestellt sind, also von einer Aufwertung ausgehen. In den vergangenen Wochen konnte die europäische Gemeinschaftswährung tatsächlich Boden gut machen. Hält dieser Trend an, ist es wahrscheinlich, dass die Ansicht eines unterbewerteten Euro teilweise korrigiert wird. Eine Parität zum Dollar ist in der kurzen Frist allerdings noch nicht in Sicht. In der Aprilumfrage äußerten auch die Experten in Kanada, dass sie binnen sechs Monaten von niedrigeren Notierungen des US Dollars gegenüber ihrer Landeswährung ausgehen.

In Japan rechnen die dort befragten Experten eindeutig damit, dass der US Dollar gegenüber dem Yen in den kommenden Monaten aufwerten wird. Diese Erwartung bestärkt das Prognose-szenario der Umfrage einer exportgetriebenen Verbesserung der wirtschaftlichen Situation. In jüngster Zeit stiegen die Yen-Notierungen gegenüber dem Dollar, doch Japans Regierung steht in dem Ruf, mögliche Währungsgewinne zu begrenzen, um die Wirtschaft anzukurbeln. Regionen, in denen eine Dollaraufwertung gegenüber den lokalen Währungen vorausgesehen wird, sind: die CIS Staaten, Südamerika, Afrika, der Nahe Osten und Osteuropa, hier jedoch etwas weniger deutlich.

Abb. 4
Währungsbeurteilung



Quelle: Ifo World Economic Survey Q2/2002.

Weltwirtschaft soll 2002 mit rund 2,1% wachsen

Im Durchschnitt aller 90 Länder, die an der Umfrage teilnahmen, wird das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP in konstanten Preisen) in 2002 um 2,1 Prozent höher erwartet als in 2001. Weit über dem Durchschnitt wird das Wachstum in den CIS Ländern (4,1%) gesehen, ebenso in Mittel- und Osteuropa (3,1%) und in Ozeanien, das sind Australien und Neuseeland (3,1%). Etwas über dem Durchschnitt liegen die Wachstumsprognosen für Nordamerika (2,3%), den Nahen Osten (2,5%), Asien (2,6%) und Afrika (2,9%). Westeuropa hinkt in ökonomischer Sicht hinterher, denn die Zuwachsrate wird auf lediglich 1,7% in 2002 geschätzt. Dies trifft ebenso auf Lateinamerika zu, dessen Wachstumserwartungen bei nur 0,7% liegen – was hauptsächlich der Krise in Argentinien zuzuschreiben ist (vgl. Tab. 1).

Inflationsrate wird sich in 2002 abschwächen, allerdings etwas weniger als noch zu Jahresanfang erwartet

Im Weltdurchschnitt wird sich die Inflationsrate (gemessen am Anstieg der Ausgaben für den privaten Konsum) im Jahre 2002 voraussichtlich auf 3,4% belaufen, nach erwarteten 3,2% in der Umfrage zu Jahresbeginn. Trotz des etwas ungünstigeren Preisklimas ist die für dieses Jahr erwartete Inflationsrate niedriger als im letzten Jahr.

Im Euroraum rechnen die befragten WES Experten nun mit einer Inflationsrate von 2,3% im Jahre 2002; dies ist etwas höher als im Januar erwartet (2,1%). Die erwartete europäische Inflationszahl ist damit weiterhin niedriger als die in den USA (2,5% nach ursprünglich erwarteten 2,2% zu Jahresbeginn). Trotzdem liegt die für 2002 erwartete US-Inflationsrate noch innerhalb der Toleranzgrenze der amerikanischen Zentralbank (FED), während die voraussichtliche Inflationsrate im Euroraum bereits das von der Europäischen

Zentralbank (EZB) möglicherweise zu ehrgeizig gesetzte Preisziel von maximal 2% übersteigt.

Asien weist auch im laufenden Jahr aller Wahrscheinlichkeit nach wieder eine weitgehende Preisstabilität auf (1,2% und damit noch niedriger als die 1,5%, die Anfang des Jahres erwartet worden waren). Die asiatischen Daten belegen wiederum, dass eine durchschnittliche Inflationsrate nahe 1% in einzelnen Ländern dieses Raums bereits mit Deflationsproblemen verbunden sein kann. So wird in Japan auch 2002 die Preisentwicklung voraussichtlich wieder ein negatives Vorzeichen aufweisen (-0,7%), ebenso wie in Hongkong (-1,6%). Sehr niedrige Inflationsraten von 1,2% bzw. 1,1% kennzeichnen weiterhin die Preissituation in China und Taiwan.

In Ost- und Mitteleuropa blieb die in 2002 erwartete Preissteigerung bei dem zu Jahresanfang gemeldeten Wert (6,7%), während sie sich in Lateinamerika etwas erhöhte (von 11,4% auf 13,7%), hauptsächlich verursacht durch hohe Inflation in Argentinien (82,5%) und in Venezuela (24,3%).

Ein ansteigender Preistrend charakterisiert die Situation in Afrika, besonders stark ausgeprägt in Simbabwe, wo die Inflation 2002 nicht weniger als rd. 125% erreichen wird (vgl. Tab. 1).

Arbeitslosigkeit ist weltweit das größte ökonomische Problem

Nummer eins der Wirtschaftsprobleme bleibt die *Arbeitslosigkeit*, und zwar im Durchschnitt aller 90 Länder, die an der Erhebung teilnahmen. In West- und Osteuropa, Asien, Lateinamerika, Afrika und im Nahen Osten wird die Besorgnis über die Arbeitslosigkeit an erster Stelle genannt, in Nordamerika und Australien/Neuseeland an zweiter Stelle. Das Problem *Nachfragemangel* bleibt auf Platz zwei ebenfalls an der Spitze der Rangliste, vor allem in den Regionen Nordamerika, Asien, Westeuropa und Lateinamerika. *Unzureichende internationale Wettbewerbsfähigkeit* stieg zur drittgrößten Sorge auf (Rang 4 in der Januarumfrage). In Westeuropa, den CIS Staaten und in Lateinamerika besetzt dieses Thema den zweiten Rang, in Osteuropa und überraschenderweise in Nordamerika den dritten Rang. *Mangelndes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik* stieg auf Rang vier im Länderdurchschnitt ab. Die *öffentlichen Haushaltsdefizite* (Rang 5 im Durchschnitt) werden nur in Regionen wie Osteuropa, Lateinamerika und im Nahen Osten als größeres Problem angesehen, nicht jedoch in den Industrieländern, obwohl die *Staatsverschuldung* dort täglich

Tab. 1
Inflationserwartungen der WES-Teilnehmer für 2002* [a]
und Wachstumserwartungen für 2002 [b] in %

| | a | b | | a | b |
|------------------------------------|-------------|------------|----------------------------------|-------------|------------|
| Durchschnitt von 90 Ländern | 3,4 | 2,1 | MITTEL- UND LATEINAMERIKA | 13,7 | 0,7 |
| EU-Mitglieder | 2,3 | 1,7 | Argentinien | 62,6 | -10,1 |
| Euroraum ¹ | 2,3 | 1,6 | Bolivien | 6,9 | 2,8 |
| WESTEUROPA | 2,3 | 1,7 | Brasilien | 5,9 | 2,6 |
| Belgien | 2,2 | 1,3 | Chile | 3,4 | 3,5 |
| Cypern | 2,8 | 3,5 | Costa Rica | 10,0 | 1,1 |
| Dänemark | 2,2 | 2,5 | Ecuador | 15,8 | 3,5 |
| Deutschland | 1,8 | 1,1 | El Salvador | 2,5 | 2,5 |
| Finnland | 1,9 | 1,8 | Guatemala | 7,0 | -1,0 |
| Frankreich | 2,0 | 1,6 | Kolumbien | 7,6 | 1,9 |
| Griechenland | 3,2 | 3,6 | Mexiko | 5,2 | 1,5 |
| Irland | 4,1 | 3,2 | Panama | 1,5 | 0,9 |
| Italien | 2,5 | 1,6 | Paraguay | 11,0 | 0,8 |
| Luxemburg | 2,5 | 4,0 | Peru | 2,3 | 3,5 |
| Malta | 2,5 | 3,0 | Trinidad und Tobago | . | 3,0 |
| Niederlande | 3,5 | 1,8 | Uruguay | 8,5 | -2,8 |
| Norwegen | 2,2 | 2,1 | Venezuela | 24,3 | -0,8 |
| Österreich | 1,8 | 1,7 | ASIEN | 1,2 | 2,6 |
| Portugal | 3,4 | 1,5 | Bangladesch | 2,0 | 5,0 |
| Schweden | 2,5 | 1,7 | China | 1,2 | 7,1 |
| Schweiz | 1,0 | 1,2 | Hongkong | -1,6 | 0,4 |
| Spanien | 2,8 | 2,4 | Indien | 4,1 | 5,2 |
| Vereinigtes Königreich | 2,3 | 2,0 | Indonesien | 10,6 | 3,6 |
| MITTEL- UND OSTEUROPA | 6,7 | 3,1 | Japan | -0,7 | -0,6 |
| Bosnien-Herzegovina | 2,0 | 5,3 | Korea | 3,6 | 4,7 |
| Bulgarien | 6,2 | 3,3 | Malaysia | 2,6 | 3,7 |
| Estland | 4,5 | 4,3 | Pakistan | 5,0 | 3,0 |
| Jugoslawien | 17,5 | 4,7 | Philippinen | 5,2 | 3,9 |
| Kroatien | 3,8 | 3,4 | Singapur | 1,0 | 3,7 |
| Lettland | 2,9 | 5,8 | Sri Lanka | 12,7 | 3,3 |
| Litauen | 2,2 | 4,5 | Taiwan R.O.C. | 1,1 | 2,2 |
| Polen | 3,8 | 1,6 | Thailand | 1,9 | 2,4 |
| Rumänien | 23,7 | 4,0 | Vietnam | 3,9 | 6,4 |
| Slowakei | 5,3 | 3,5 | NAHER OSTEN | 11,4 | 2,5 |
| Slowenien | 6,9 | 3,3 | Bahrain | 2,7 | 4,5 |
| Tschechische Republik | 4,1 | 3,1 | Iran | 14,1 | 5,0 |
| Ungarn | 6,3 | 3,7 | Israel | 3,7 | 1,3 |
| GUS | 16,0 | 4,1 | Jordan | 2,5 | 4,7 |
| Kasachstan | 6,5 | 8,0 | Kuwait | 2,3 | 2,2 |
| Russland | 18,2 | 3,5 | Libanon | 2,6 | 1,2 |
| Ukraine | 7,5 | 5,0 | Saudi-Arabien | 0,9 | 2,4 |
| NORDAMERIKA | 2,4 | 2,3 | Türkei | 41,9 | 2,2 |
| Kanada | 2,1 | 2,1 | Vereinigte Arabische Emirate | 2,5 | 3,1 |
| Vereinigte Staaten | 2,5 | 2,3 | AFRIKA | 11,5 | 2,9 |
| OZEANIEN | 3,1 | 3,1 | Ägypten | 6,2 | 3,1 |
| Australien | 3,2 | 3,2 | Algerien | 3,5 | 3,0 |
| Neuseeland | 2,6 | 2,8 | Ghana | 12,5 | 4,8 |
| | | | Kenia | 9,4 | 0,8 |
| | | | Marokko | 1,8 | 5,0 |
| | | | Mauritius | 5,0 | 4,5 |
| | | | Nigeria | 19,8 | 2,0 |
| | | | Simbabwe | 124,8 | -8,1 |
| | | | Südafrika | 8,3 | 2,2 |
| | | | Tunesien | 2,9 | 4,7 |

¹ EU-Mitglieder ohne Dänemark, Schweden, Vereinigtes Königreich.

*) Verglichen mit dem Vorjahresdurchschnitt.

Quelle: ifo Institut / World Economic Survey Q2 /2002.

Kasten 4**Konjunktur: Ist ein investitionsgetriebener Aufschwung in Sicht?**

Der Gesamtindikator des Weltwirtschaftsklimas schnellte im April nach oben: Die Erwartungen für die kommenden sechs Monate stiegen das zweite Mal in Folge und die Beurteilungen der aktuellen Lage begannen sich zu verbessern. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass der Aufschwung anhalten und im zweiten Halbjahr an Stärke gewinnen wird.

Wenn man die gegenwärtige Situation in den Vereinigten Staaten betrachtet, so sehen die befragten US-Experten im Vergleich zur Januarumfrage wieder Zuwächse bei den privaten Konsumausgaben – dem Bollwerk der US-Wirtschaft in der Vergangenheit. Allerdings sind die Experten bezüglich der Entwicklung des privaten Verbrauchs in den kommenden Monaten etwas weniger optimistisch als sie dies zu Jahresbeginn waren. Erste leichte Verbesserungen bei den derzeitigen Investitionsausgaben deuten auf ein Wiederaufleben der gewerblichen Aktivitäten in der nahen Zukunft hin, nachdem diese im vergangenen Jahr eingebrochen waren. Sehr auffallend jedoch sind die Erwartungen im Hinblick auf die Investitionen des Unternehmenssektors: Sie zeigen sprunghaft nach oben. Dies nährt Hoffnungen, dass eine konjunkturelle Wende bevorsteht, ausgelöst vom Investitionszyklus. Wenn die Erholung dann Fahrt aufnimmt, dürften nach Ansicht der befragten Experten auch die Importe deutlich steigen, während das Exportwachstum hinterherhinkt. Folglich wird sich die amerikanische Handelsbilanz weiter verschlechtern.

Asiens High-Tech-Ökonomien, Taiwan, Malaysia, Singapur und Südkorea, rechnen entsprechend mit hohen Zuwächsen bei ihren Exportraten während der kommenden Monate. Der erwartete Importanstieg in diesen Ländern wird größtenteils für die Exportproduktion genutzt. Um die wachsende Auslandsnachfrage zu bedienen, wird ein schwungvoller Anstieg der heimischen Investitionen prognostiziert. Eine in der Folge zunehmende Industrieproduktion und Beschäftigung wird dann einen höheren privaten Verbrauch auslösen. Somit wird der Aufschwung an Breite gewinnen. Die in geringerem Maße technologieorientierten Volkswirtschaften der Region wie die Philippinen oder Indonesien werden erwartungsgemäß folgen. In Japan allerdings wird der Wachstumsimpuls laut Umfrageergebnis ausschließlich von den Exporten kommen. Traditionell verkaufen japanische Unternehmen in den asiatischen Raum und in die Vereinigten Staaten. In all diesen Regionen werden Importanstiege vorausgesagt, d.h. sie können die Exportproduktion Japans absorbieren. Die japanischen Konsum- und Investitionsausgaben sowie die Importvolumina dürften sich nach Einschätzung der Befragten auf mittlerem Niveau stabilisieren. Somit könnte Japan das Rezessionstal in der nahen Zukunft hinter sich lassen. In China werden Erholungstendenzen ebenfalls hauptsächlich von besseren Exportaussichten getragen. Westeuropa zeigt im Durchschnitt ein etwas ausgeglicheneres Konjunkturmuster: Sowohl die Investitionen als auch der private Konsum (in etwas geringerem Maße) sollen innerhalb der kommenden sechs Monate anzie-

hen, Import- und Exportvolumina gleichgewichtig wachsen. Im Euroraum wird dasselbe Szenario beobachtet. Bedeutende Ausnahme ist Deutschland, die größte Volkswirtschaft Eurolands. Die erwartete Zunahme des deutschen Konsums bleibt schwach, während mit einem allmählichen Anziehen der Investitionen gerechnet wird. Folglich wird die Erholung Deutschlands weiterhin erheblich von steigenden Exporten abhängen. Vermehrte ausländische Nachfrage wird bei traditionellen Handelspartnern wie den Vereinigten Staaten sowie den Ländern West- und Osteuropas erwartet. Außerdem sind die baltischen und die CIS Staaten stark importorientiert. Großbritannien zeigt ein etwas von Westeuropa abweichendes Muster: Dort wird eine Verschiebung des Konjunkturimpulses vom Konsum zu den Investitionen hin prognostiziert. In der Folge dürfte das verarbeitende Gewerbe in der nahen Zukunft an Schwung gewinnen.

Im osteuropäischen Raum sollen sich im Durchschnitt sowohl der private Verbrauch als auch der Investitionsgütersektor in den kommenden Monaten beleben. In Polen, Lettland und Litauen wird der Impuls stärker von den Ausgaben der Privathaushalte als von denen des Unternehmenssektors erwartet. Im Gegensatz hierzu wird die ungarische Erholung mehr investitions- und exportgetrieben gesehen, da der private Konsum von relativ hohem Niveau aus startet. In den Volkswirtschaften der CIS Staaten gehen die Experten eher von einem steigenden privaten Verbrauch als Konjunkturstütze aus, der in hohem Maß durch Importe bedient wird, wie oben erwähnt.

Die lateinamerikanischen Länder werden offensichtlich durch positive Auswirkungen einer anziehenden US-Konjunktur stimuliert. Dementsprechend hoch sind die Exporterwartungen des Kontinents insgesamt, vor allem in Mexiko, Brasilien, Chile und Peru. Die wachsende ausländische Nachfrage werde die Unternehmensinvestitionen steigen lassen, so die Erwartungen. Höhere gewerbliche Aktivitäten und die hiermit verbundene Schaffung von Arbeitsplätzen dürften den Konsum stärken und somit den Aufschwung auf eine breitere Basis stellen. In Argentinien, das mit seiner schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise kämpft, wird nicht damit gerechnet, dass dieses Land bereits in den kommenden Monaten wieder auf die Beine kommt. Der einzige Lichtblick dort sind Exporthoffnungen, die sich auf Grund der immensen Abwertung des Pesos verbessert haben.

Afrika und der Nahe Osten hoffen, von dem globalen, synchron verlaufenden Konjunkturzyklus in gewissem Maße profitieren zu können. Gegenwärtig sehen die Experten vor Ort Verbesserungen in der nahen Zukunft allerdings nur in optimistischen Erwartungen hinsichtlich einer steigenden Auslandsnachfrage, zum Beispiel in Algerien, Ägypten, Südafrika, der Türkei und im Iran. Ölexportländer wie Bahrain, die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi Arabien erfreuen sich bereits einer guten ökonomischen Lage.

in den Medien diskutiert wird. *Inflationssorgen* haben weiterhin keine Priorität (achter Rang von zehn), allerdings eine leicht zunehmende Bedeutung in den USA und in Australien/Neuseeland.

Ein Sonderfall sind die CIS Länder, die *Kapitalmangel* als ihr größtes ökonomisches Problem benennen. Und in Australien/Neuseeland haben *Handelsbarrieren* beim Export Priorität vor allen anderen Themen, während dieses Pro-

blem im Durchschnitt aller Länder den vorletzten Rang einnimmt.

Ergänzend äußerten einige der befragten Experten Besorgnis, wenn in Ländern Parlamentswahlen anstehen und damit ein möglicher Machtwechsel (siehe Tab. 2).

Tab. 2
Rangfolge der wichtigsten wirtschaftlichen Probleme¹⁾²⁾

| Problem | Durchschnitt aller Länder | West-europa | Nord-amerika | Australien / Neuseeland | Ost-europa | GUS | Latein-amerika | Afrika | Asien | Naher Osten |
|--|---------------------------|-------------|--------------|-------------------------|------------|------|----------------|--------|-------|-------------|
| Arbeitslosigkeit | 1 = | 1 = | 2 = | 2 = | 1 = | 10 = | 1 = | 1 = | 1 = | 1 = |
| Unzulängliche Nachfrage | 2 = | 2 = | 1 = | 7 - | 6 = | 5 = | 2 = | 9 = | 1 = | 5 - |
| Mangel an internationaler Wettbewerbsfähigkeit | 3 = | 2 = | 3 + | 6 = | 3 = | 2 = | 2 = | 5 + | 5 = | 5 = |
| Mangel an Vertrauen in die Regierungspolitik | 4 = | 5 = | 6 - | 9 = | 5 = | 6 = | 5 = | 6 - | 3 = | 3 = |
| Öffentliche Defizite | 5 = | 5 = | 4 = | 10 = | 2 = | 8 = | 2 + | 4 = | 4 = | 2 + |
| Mangel an qualifizierten Arbeitskräften | 6 = | 4 = | 8 = | 4 + | 9 = | 9 = | 8 = | 3 = | 6 = | 7 = |
| Kapitalknappheit | 7 = | 9 = | 7 = | 3 = | 4 = | 1 = | 6 = | 2 = | 7 = | 4 = |
| Inflation | 8 = | 7 = | 8 + | 8 + | 8 = | 6 = | 9 = | 7 = | 9 = | 9 = |
| Handelsbeschränkungen für Exporte | 9 = | 8 + | 5 = | 1 = | 9 = | 4 = | 10 = | 10 = | 8 = | 10 = |
| Schuldengegenüber dem Ausland | 10 = | 10 = | 8 = | 5 = | 7 = | 3 = | 7 = | 8 = | 10 = | 8 = |

Erläuterungen:

- 1) unterstrichene Ziffern: punktgleiche Einschätzung der WES Teilnehmer
- 2) Veränderung in der Rangfolge im Vergleich zur vorhergehenden Umfrage
- = : unverändert (+- 1 Rang)
 - + : wichtiger (2 oder 3 Plätze aufgestiegen)
 - ++ : wichtiger (4 oder mehr Plätze aufgestiegen)
 - : weniger wichtig (2 oder 3 Plätze abgestiegen)
 - : weniger wichtig (4 oder mehr Plätze abgestiegen)

Quelle: ifo Institut / World Economic Survey Q2 /2002.

Sonderthema: Internationale Bilanzierungsregeln gefordert – die Nachwirkungen des Enron Skandals

In Zusammenarbeit mit der Internationalen Handelskammer in Paris wurde den Teilnehmern der Umfrage ein zusätzlicher Fragenkomplex zu den Themen Bilanzierungsstandards und deren Umsetzung vorgelegt (vgl. Tab. 3).

Die Hälfte der befragten Experten äußerte die Meinung, dass weltweit akzeptierte Bilanzierungsregeln sehr wichtig in einer globalisierten Wirtschaft sind. Weitere 46 Prozent stufen dieses Thema als wichtig ein. Diese hohen Prozentsätze spiegeln offensichtlich das Enron-Debakel wider. Enron, einer der größten US-Energiehändler, meldete bekanntlich vergangenen Dezember Insolvenz in Folge von Bilanzmanipulationen an.

Enron – ehemaliger Star am Aktienmarkt – wies übertriebene Gewinne aus und unterließ es, bestimmte verlustbringende Geschäfte zu bilanzieren. Noch heute beunruhigt es die Finanzmärkte, dass weder Wirtschaftsprüfer, noch Banken, noch Aktienanalysten oder Ratingagenturen irgendjemanden gewarnt haben, obwohl Amerikas Bilanzierungsstandards (US GAAP) als die effizientesten und transparentesten der Welt gelten. Vor diesem Hintergrund halten Experten in Nordamerika die Frage internationaler Bilanzierungsregeln signifikant für bedeutsamer als ihre Kollegen in

europäischen Ländern. Eine Klassifikation der Länder nach ihrem Wohlstandsniveau zeigt folgendes Bild: Länder mit mittlerem Pro-Kopf-Einkommen messen dem Thema mehr Bedeutung zu als Länder mit hohem Pro-Kopf-Einkommen und sehr viel mehr Bedeutung als Länder mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen.

Nach der Erfahrung mit Enron fordern die meisten Befragten, dass sowohl die Bilanzierungsstandards als auch ihre Umsetzung in den Unternehmen verschärft werden müssen. Das trifft auf alle Regionen ausgenommen Westeuropa zu. Die Hälfte der westeuropäischen Experten halten ihre Bilanzierungsstandards für ausreichend. Lediglich die Umsetzung sollte verbessert werden. Diese Abweichung vom Länderdurchschnitt in einem wesentlichen Punkt dürfte damit verbunden sein, dass in Europa der Internationale Bilanzierungsstandard IAS ab 2005 verpflichtend werden soll.

Eine überwältigende Mehrheit der Experten sieht eine strengere Handhabung selbstverpflichtender Verhaltenskodizes, sogenannter Corporate Governance, als die effektivste Methode, die Finanzberichte der Unternehmen zu verbessern. Hauptpunkte von Corporate Governance sind eine effektive Kontrolle des Managements durch den Aufsichtsrat, Transparenz, Fairness sowie keine strategischen Änderungen des Kerngeschäfts ohne vorherige Genehmigung. Investoren bevorzugen zunehmend Unternehmen mit guten

Noten in Bezug auf Corporate Governance. Sanktionen bei Verstößen erfolgen somit über den Aktienpreis. Trotzdem können sich diese Kodizes im Ernstfall als zahnlose Papiertiger entpuppen. Es überrascht daher etwas, dass nur ein moderater Teil von 25 Prozent der Befragten, strengere gesetzliche Regeln vorziehen. In Lateinamerika allerdings, ist dieser Anteil signifikant höher. Der sich darin widerspiegelnde Vertrauensmangel in Selbstkontrollen ist auf einem krisengeschüttelten Kontinent wie Südamerika keinesfalls überraschend. Im Augenblick geht dort gerade Argentinien durch seine schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise.

Tab. 3
Anforderungen an eine internationale Rechnungslegung - Die Nachwirkungen des ENRON Skandals

| | Durchschnitt aller 90 Länder | Westeuropa | Nordamerika | Ozeanien | Osteuropa | CIS | Lateinamerika | Afrika | Asien | Naher Osten | Länder mit hohem Einkommen | Länder mit mittlerem Einkommen | Länder mit niedrigem Einkommen |
|--|------------------------------|------------|-------------|----------|-----------|-----|---------------|--------|-------|-------------|----------------------------|--------------------------------|--------------------------------|
| a) In der heutigen globalisierten Welt erscheint uns ein einheitlicher Satz von Vorschriften zur Schaffung besserer und vergleichbarer Standards der Rechnungslegung in den Unternehmen als sehr wichtig | 51 | 48 | 59 | 42 | 43 | 82 | 50 | 60 | 49 | 73 | 52 | 55 | 33 |
| | 46 | 50 | 38 | 58 | 53 | 38 | 40 | 40 | 50 | 27 | 45 | 44 | 62 |
| | 3 | 4 | 3 | 0 | 4 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 3 | 1 | 5 |
| b) Welche der folgenden Behauptungen spiegelt Ihre Meinung am ehesten wider? Sowohl die Vorschriften der Rechnungslegung als auch die Notwendigkeit ihrer Durchsetzung müssten verbessert werden. Die Vorschriften selbst sind bereits heute im grossen und ganzen ausreichend; es mangelt an einer besseren Durchsetzung dieser Vorschriften. Weder die Vorschriften selbst, noch ihre Durchsetzung bedürfen einer Änderung. | 54 | 48 | 58 | 62 | 49 | 59 | 49 | 52 | 60 | 65 | 54 | 58 | 58 |
| | 41 | 47 | 35 | 38 | 45 | 41 | 49 | 45 | 37 | 31 | 41 | 38 | 41 |
| | 5 | 5 | 7 | 0 | 6 | 0 | 2 | 3 | 3 | 4 | 5 | 4 | 1 |
| c) Was würde am ehesten die handelsliche Berichterstattung in den Unternehmen verbessern? strengere Regulierung strengere Selbstverpflichtung (Corporate Governance) einschliesslich größerer Transparenz | 25 | 30 | 25 | 1 | 24 | 27 | 30 | 21 | 18 | 21 | 25 | 24 | 28 |
| | 75 | 70 | 75 | 99 | 76 | 73 | 70 | 79 | 82 | 79 | 75 | 76 | 74 |

Quelle: Ifo Institut / World Economic Survey Q2 / 2002